

RESOLUTION Winterklausur 2023

Stand: 10.01.2023

Lasten gerecht verteilen: So kann Steuerpolitik fairer werden!

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir seit langer Zeit ein einfaches, gerechtes und transparentes Steuersystem ohne vielfältige Ausnahmen. Es muss für die Bürgerinnen und Bürger deutlicher erkennbar sein, dass jede und jeder gleichberechtigt steuerpflichtig ist und was der tatsächliche Zweck einer Besteuerung ist. So soll eine neue Kultur des Staatsbürgertums entstehen.

Wir machen uns für eine vollständige Abschaffung der Erbschaftsteuer sowie der Schenkungsteuer stark. Es ist höchste Zeit, dass auch Deutschland seine Bürgerinnen und Bürger entlastet – nach dem Vorbild von Schweden und Österreich, die beide mit der Abschaffung der Erbschaftsteuer beste Erfahrungen gemacht haben. Erbschaft- sowie Schenkungsteuer sind ersatzlos zu streichen. Zudem ist uns als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wichtig, dass sich **mehr Menschen Wohneigentum leisten können und sich Arbeit lohnen muss**. Das ist das Gegenmodell zum Bürgergeld. **Auch die Umsatzsteuerregelungen müssen klarer und übersichtlicher ausgestaltet werden. Daneben muss der Freistaat die Finanzierungsinstrumente unserer Kommunen so anpassen, dass diese handlungsfähig bleiben.** Hierbei darf es nicht zu einer weiteren finanziellen Belastung der Bürgerinnen und Bürger kommen.

I. Erbschaft- und Schenkungsteuer abschaffen

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordern wir von der Bundesregierung die vollständige Abschaffung der Erbschaft- sowie der Schenkungsteuer, da diese insbesondere zuzugsstarke Bundesländer wie Bayern benachteiligt.

Die Erbschaftsteuer orientiert sich bei Grundstücken und Immobilien am Bodenrichtwert, welcher je nach Lage und Nutzbarkeit variiert. In der Folge müssen Erben in begehrten Regionen eine wesentlich höhere Steuerlast tragen. **Wir halten es daher für inakzeptabel, dass in Bayern dieselben Freibeträge gelten wie in anderen Bundesländern.**

Schon heute besitzen immer weniger Menschen in Deutschland eine eigengenutzte Wohnimmobilie, da überzogene Grundstücks- und Immobilienpreise, hohe Kaufnebenkosten sowie weiterhin hohe Baukosten den Kauf oder Bau eines Hauses zunehmend unerschwinglich machen. Die Erbschaftsteuer verschärft das Problem unnötig, weil Häuser wegen der hohen Zahlungen von Erben nicht gehalten werden können. Nicht selten geht die zu veräußernde Erbmasse an ausländische Investoren. Handelt es sich um Mehrfamilienhäuser, werden auch die Mieter zu Leidtragenden, da die Mieterhöhung meist nur eine Frage der Zeit ist. Dadurch gerät der ohnehin bereits sehr angespannte Wohnungsmarkt weiter unter Druck; sozialverträgliches Wohnen wird gefährdet. **Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sind wir überzeugt: Wer sein Leben lang spart und für seinen Ruhestand vorsorgt, von dessen Lebensleistung darf nicht am Ende der Staat profitieren. Außerdem benachteiligt die Erbschaftsteuer all jene, die das Erbe fortführen wollen.** Häuser, die sich möglicherweise über Generationen im Familienbesitz befunden und zwei Weltkriege überstanden haben, wechseln zwangsweise den Besitzer – mit ungewissem Ausgang für die teils geschichtsträchtigen Objekte. **Darüber hinaus kann die Besteuerung von Unternehmensvermögen zu Liquiditätsengpässen und ineffizienten Investitionsentscheidungen führen.** Die Folge: Im schlimmsten Fall kann der Fortbestand des Unternehmens gefährdet sein.

Im Jahr 2020 haben die Finanzämter in Deutschland nur 8,5 Milliarden Euro an Erbschaft- und Schenkungsteuer eingenommen. **Angesichts der geringen Einnahmen aus Erbschaft- und Schenkungsteuer und dem unverhältnismäßig hohen bürokratischen Aufwand bei der Steuererhebung ist eine Abschaffung der Erbschaftsteuer naheliegend.** Zudem werden die verschiedenen Vermögensarten sehr unterschiedlich belastet: Während Superreiche dank umfassender Gestaltungsmöglichkeiten oft gar keine Steuern entrichten müssen, gibt es nicht begünstigte und kleinere Vermögen, die hohen Steuern unterliegen. Gesellschaftlich und ökonomisch betrachtet ist es viel nachhaltiger, dieses Vermögen in den Händen der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.

II. Wohnen und Immobilien attraktiver machen

1. Klare Positionierung der Bayernkoalition bei der Grundsteuer C

Wir haben uns gegen die Einführung der Grundsteuer C entschieden, weil wir weder für Kommunen noch für Grundstückseigentümer Vorteile erkennen können. **Mit dem wertunabhängigen Flächenmodell des Freistaats ist eine unbürokratische und**

einfache Lösung gelungen. Mit unserer Fraktion gibt es keine Grundsteuer C und damit auch keine „verdeckte“ Steuererhöhung.

2. Keine Grunderwerbssteuer beim erstmaligem Erwerb

Die Wohneigentumsquote liegt in Bayern aktuell nur bei etwa 50 Prozent. Eine Steigerung ist auch als Maßnahme gegen Altersarmut enorm wichtig. **Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen wir uns dafür ein, dass der erstmalige Erwerb von Grundstücken mit einer bestehenden oder zu errichtenden Wohnimmobilie zum Selbstbezug von der Grunderwerbsteuer befreit wird.**

3. Wohnraumförderprogramm und finanzielle Entlastung bei Selbstnutzung

Um die Wohneigentumsquote zu erhöhen, ist eine finanzielle Entlastung der privaten Käuferinnen und Käufer im Falle der Selbstnutzung immens wichtig. **Als FREIE WÄHLER-Fraktion machen wir uns deshalb für die Wiedereinführung der Möglichkeit stark, auch für eine selbst genutzte Wohnimmobilie Abschreibungen steuerlich geltend machen zu können, denn so wird die Finanzierung von Wohneigentum erleichtert.**

Als Förderprogramm soll es eine Wohnraummilliarde für Ersteigentümerinnen und Ersteigentümer geben.

4. Bessere Abschreibungsmöglichkeiten beim Wohnungsbau

Insbesondere in den Ballungsgebieten herrscht ein erheblicher Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen. **Um deren verstärkte Errichtung auch in Zeiten stark steigender Finanzierungskosten zu fördern, setzen wir uns dafür ein, dass die Abschreibung zukünftig nicht mehr linear, sondern degressiv erfolgt.**

5. Steuerfreie Entnahme bei Mietwohnungsbau

Wir fordern, dass eine **steuerfreie Entnahme von Grundstücken aus dem landwirtschaftlichen Betriebsvermögen** möglich sein soll, wenn Eigentümer **auf dem entnommenen Grundstück Mietwohnungen errichten.**

III. Arbeit muss sich lohnen

Neben dem Abbau der kalten Progression sowie einer weitergehenden Erhöhung der Pendlerpauschale fordern wir zudem, dass der Steuerfreibetrag bei der Lohn- und Einkommensteuer massiv erhöht wird - nämlich auf 2.000 Euro pro Monat, also 24.000 Euro pro Jahr! All diejenigen, die morgens aufstehen und die Gesellschaft tragen, müssen das auch finanziell deutlich spüren! Leider verschärften die Bürgergeld-Experimente der Bundesregierung den Trend in eine andere Richtung.

IV. Umsatzsteuer dauerhaft vereinfachen und absenken

1. Steuerliche Entlastung für Sportvereine und kurtouristische Einrichtungen

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben wir uns auch dafür eingesetzt, dass Leistungen von Sportvereinen mit klassisch ehrenamtlicher Fokussierung in der rechtlichen Ausgestaltung berücksichtigt werden und umsatzsteuerfrei sind. Gleichmaßen haben wir uns für kurtouristische Einrichtungen stark gemacht: Beeinträchtigungen der kommunalen Investitionstätigkeit, ein Qualitätsverlust bei der medizinisch-therapeutischen Versorgung der Gäste und ein Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit der Orte sind unbedingt abzuwenden.

2. Umsatzsteuersenkung

Wir setzen uns für die dauerhafte Beibehaltung des reduzierten Umsatzsteuersatzes auf Speisen in der Gastronomie ein. Die Verlängerung der Absenkung auf sieben Prozent bis Ende 2023 begrüßen wir, diese kann aber nur ein erster Schritt sein. Eine Entfristung der Regelung schafft langfristige Planbarkeit und Investitionssicherheit in der Gastronomie. Außerdem fordern wir den reduzierten Umsatzsteuersatz auch auf Getränke in der Gastronomie auszuweiten, um eine einheitliche Besteuerung in diesem wichtigen Wirtschaftszweig zu gewährleisten.

Ferner fordern wir eine Steuersenkung auf sieben Prozent bei Arzneimitteln sowie Heil- und Hilfsmitteln.

Darüber hinaus soll die Besteuerung von Lebensmitteln generell sowie von Babybedarf und Babynahrung im Besonderen dauerhaft auf sieben Prozent gesenkt werden.

3. Bürokratischen Aufwand reduzieren

Außerdem wollen wir insbesondere kleinen und mittleren landwirtschaftliche Betrieben weiterhin Planungssicherheit geben. **Dazu muss auch der bürokratische Aufwand im steuerlichen Bereich reduziert werden.**

4. Steuerliche Benachteiligung des Fernbuslinienverkehrs beenden

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion setzen wir uns für die gleichberechtigte Behandlung verschiedener klimafreundlicher Fernreisearten ein. Für Tickets des Schienenverkehrs wird ein einheitlicher Umsatzsteuersatz von 7 Prozent erhoben, während der Umsatzsteuersatz für Tickets des Fernbusverkehrs 19 Prozent beträgt. Wir fordern diese Ungleichbehandlung zu beenden.

5. Reduzierten Umsatzsteuersatz auf Erdgas-, Fernwärme- und Strombezug anwenden

Wir haben uns erfolgreich beim Bund für die Anwendung des reduzierten Umsatzsteuersatzes auf Erdgas- und Fernwärmebezug eingesetzt, um die Folgen der aktuellen Energiekrise für Verbraucherinnen und Verbraucher abzufedern. **Zusätzlich fordern wir den Bund weiter auf, die Umsatzsteuer auf Strom zu senken.**

V. Energiesteuer absenken

Wir fordern die Absenkung der Strom- und Erdgassteuer auf das EU-rechtlich zulässige Mindestmaß. Auch eine **Absenkung der Energiesteuersätze auf Heizöl** ist dringend geboten.

VI. Kommunale Abgaben

1. Mehr Handlungsspielräume für Kommunen

Die über 2.000 Kommunen in Bayern sind das Rückgrat unseres gesellschaftlichen Lebens. An ihnen bemisst sich, ob Bayern lebenswert ist und bleibt. In den letzten Jahrzehnten ist eine immense Fülle an zusätzlichen Aufgaben auf die Kommunen übertragen worden. Hinzu kommen gestiegene Anforderungen an die Umsetzung dieser Aufgaben. **Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion haben wir uns daher dafür stark gemacht, unseren Kommunen den Handlungsspielraum zu verschaffen, den sie benötigen, um vor Ort zu angemessenen Ergebnissen zu kommen.**

Gleichzeitig setzen wir uns in der Regierungskoalition dafür ein, dass die finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen erhalten bleiben. Hierin liegt eine besondere Verantwortung des Freistaates. Dies gilt umso mehr, je mehr Aufgaben die Kommunen wahrnehmen müssen.

2. Kommunen nicht im Stich lassen

Deutschland und Bayern steht eine Zeitenwende bevor: Der öffentliche Personennahverkehr, die Energieversorgung und das deutsche Sozialsystem müssen neu gedacht werden. Hierbei dürfen unsere Kommunen nicht alleingelassen werden. Gleichzeitig dürfen die zum Teil längst überfälligen Anpassungen nicht zu einer finanziellen Mehrbelastung der bayerischen Bürgerinnen und Bürger führen. **Wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion machen uns dafür stark, dass die Menschen nicht für Versäumnisse der Bundes- und Landespolitik der letzten Legislaturperioden bezahlen müssen.** Wir fordern eine verträgliche und gleichzeitig effektive Umsetzung der gesetzten Ziele. Wir sind gegen die in der ÖPNV-Strategie des Bauministeriums vorgesehenen sogenannten „Nutznießer-Finanzierungen“ als ÖPNV-Beitrag aller betroffenen Anlieger.